

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnement-
preis beträgt bei Lieferung durch die
Post frei ins Haus monatlich 24 M.

Redaktion: Johannisstr. 46.

Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die
achtgesparte Pessizeile oder deren
Raum 6,00 Mark, Versammlungs-,
Arbeits- und Wohnungsanzeigen
5,00 Mark, Reklamen 3,00 Mark.
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf: 926.

STAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

LÜBECKER VOLKSBOTE

Nummer 155.

Donnerstag, den 6. Juli 1922.

29. Jahrgang.

Der Kampf um das Schutzgesetz.

Aus Berlin schreibt man uns:

Bei der ersten Lesung des Gesetzes zum Schutz der Republik wurden von Republikanern manche gute und männliche Worte gesprochen. Aber das Hauptinteresse konzentrierte sich doch auf die Rede des deutschnationalen Sprechers, des badischen Professors und ehemaligen Justizministers, Düringer. Schon die Wahl dieses Redners war eine Überraschung. Wußte doch der ganze Reichstag, daß Düringer neben seinem Berufskollegen Hoesch dasjenige Mitglied der Deutschnationalen Fraktion ist, das am unzweideutigsten und ehrlichsten sein tieles Entsehn über das System des politischen Meuchelmordes, wie es sich unter dem Schutze seiner Partei entwickelte, zum Ausdruck gebracht hatte. Herr Düringer hielt aber noch mehr als man sich von ihm versprach. Seine Rede war die eines Mannes, der vielleicht — das blieb dahingestellt — noch kein ganz überzeugter und begeisterter Republikaner ist, der aber doch einsteht und zugibt, daß die Republik als die geschichtlich gewordene Staatsform Deutschlands im Interesse des deutschen Volkes selbst zu ihrer Selbstverteidigung verpflichtet ist.

Die Rede Düringers offenbarte, daß es eine Deutschnationalen Partei zuzulassen überhaupt nicht gibt. Jedes Wort des Redners, sein aufrichtiges Bekenntnis zur Verfassungstreue, sein ehrlicher Absche vor aller Gewalt, seine verächtliche Abweitung des Antisemitismus war ein Faustschlag in das Gesicht der Deutschvölkischen vom Schlag der Wille, Henning, Graefe, Bruhn. Jeden Satz des deutschnationalen Sprechers begleitete das ganze Haus mit lebhaften Rufen: „Sehr wahr!“, „Sehr richtig!“ Selbst Unabhängige und Kommunisten stelltenweise lebhaft zu, während nur die eigenen Parteigenossen des Redners schwiegam und verdutzt dastehen. Der Zwischenruf Dittmanns, wenn es lauter solche Deutschnationale gäbe, wie Düringer, wäre ein folches Gesetz nie nötig gewesen, fand allgemeinen Beifall.

Im zweiten Teil seiner Rede versuchte Herr Düringer dann freilich, gegen die Formulierung des Schutzgesetzes mit juristischen Argumenten vorzugehen. Er mag dabei die Schwäche seiner Beweisführung selber empfunden haben. Über nur eben dieser juristische Einspruch, den er erhob, hatte ihn als deutschnationalen Fraktionsredner möglich gemacht, während er politisch in allem, das gerade Gegenteil von dem vertrat, was man von deutschnationalen Rednern im Reichstag bisher gehört hatte.

Düringers Rede ist ein Symptom dafür, daß unter der Decke der Kampf der Richtungen innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei zur vollen Schärfe gediehen ist. Es kann nicht mehr lange dauern, bis auch allen sichtbar die Decke springt. Neue Parteikonstellationen auf der Rechten müssen sich ergeben. Die völkische Gruppe wird vielleicht bald einen selbständigen äußersten rechten Flügel bilden, während sich zwischen den gemäßigten Elementen und der Deutschen Volkspartei eine Annäherung vollziehen wird.

Interessant war die Schlussbemerkung Düringers, daß seine Partei das Gesetz zum Schutz der Republik „in dieser Form“ ablehne. Logischerweise müßte man daraus folgern, daß die Deutschationale Volkspartei grundsätzlich bereit wäre, Gesetze zum Schutz der Republik mit zu beschließen — sie würden dann freilich darnach aussehen! Aber diese Stellungnahme bietet einen Fingerzeig dafür, welche Taktik die Rechtsparteien bei der Auschlußberatung einschlagen werden. Sie werden den Grundgedanken eines Gesetzes zum Schutz der Republik nicht gerade verworfen, sondern sie werden sich so stellen, als ob sie selber diesen Grundgedanken zur Durchführung bringen wollten und auf diese Weise werden sie sich bemühen, Anschluß an die bürgerlichen Mittelparteien zu finden in dem Bestreben, das Gesetz derart zu entfernen und zu verwässern, daß von ihm so gut wie nichts übrig bleibt.

Die Sozialdemokratische Partei wird aber für alle derartigen Bemühungen der Monarchisten, die Republik zu schützen, bestens danken. Dieses Spiel ist doch zu durchsichtig, als daß man es nicht gleich durchschauen müßte. Man kann nicht den Boden zum Gärtner machen, man kann dem Fuhs nicht die Hühner zur Obhut anvertrauen, und ebenso wenig kann man von Leuten, die sich grundfächlich als Monarchisten bezeichnen — möchten sie von diesem Bekenntnis in diesem Augenblick auch noch so wenig Gebrauch machen — die Republik nicht schützen lassen. Die Republik kann nur von einer republikanischen Mehrheit geschützt werden.

Wo diese Mehrheit zu finden ist, haben die Verhandlungen unserer Partei mit den Unabhängigen klar genug gezeigt. Wenn die Parteien, die grundsätzlich auf republikanischem Boden stehen, die Parteien links von der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei, zusammenhalten, dann ist eine Zweidrittelmehrheit für das Gesetz wahrscheinlich.

Bleibt die Mehrheit um ein paar Stimmen hinter den verfassungsmäßig vorgeschriebenen zwei Dritteln zurück, fällt infolgedessen die Vorlage. Dann muß aufgelöst und alle Kraft gegen rechts gewendet werden. Würden aber die bürgerlichen Koalitionsparteien den Lohnungen der monarchistischen Rechtsparteien folgen und den Versuch machen, durch Konzessionen nach rechts eine rechtsgerichtete Mehrheit zu erlangen, auch dann würde die Sozialdemokratische Partei nicht davor zurücktreten, die Auflösung des Reichstages zu erzwingen.

Es gibt also drei Möglichkeiten: Entweder, daß die zum mindesten unverschlechterte, womöglich verbesserte Vorlage eine linksgerichtete Zweidrittelmehrheit findet, oder daß eine Auflösung erfolgt mit der Parole gegen rechts, oder schließlich, daß eine Auflösung erfolgt mit der Parole: „Sozialistische oder bürgerliche Parteien“, was dann allerdings einen ganz unübersehbaren und gefährlichen Wirrwarr zur Folge haben müßte. Die Bürgerlichen Parteien mögen sich darum jetzt schon klar darüber sein, daß es für die Sozialdemokratie keine andere Wahl gibt als die, entweder ein brauchbares Gesetz zum Schutze der Republik zu gestalten, oder das Volk selbst zur Entscheidung anzureufen.

*

Reichstag.

244. Sitzung vom 5. Juli, 2 Uhr nachm.

Auf dem Platz des Abg. Däumig (USP) liegt ein beslorter Strauß roter Rosen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet Präsident Löbe dem verstorbenen Abg. Däumig einen Nachruf, in dem er u. a. folgendes äußert: Kurz vor der Sitzung wurde mir die Mitteilung, daß der Abg. Däumig, den wir ja alle vor einigen Wochen hier auf seinem Platz haben zusammenbrechen sahen, in der letzten Nacht gestorben ist. Der Abg. Däumig hat eine höhere parlamentarische Tätigkeit nicht enthalten können. Körperliches Leiden und andere Umstände haben ihn daran gehindert. Die wenigen Male, die er hier seine Ansichten vertreten hat, legten dar, daß seine Gedankengänge nur von einer Minderheit geteilt wurden. Der Ernst und die Ruhe, in der er sie vortrug, weckten auch bei Andersgesinnten den Willen, ihm zuzuhören und seine Gedankengänge kennen zu lernen. Er ist, das darf man wohl sagen, mitten in der Arbeit gestorben. (Die Abgeordneten hatten sich schon während der ersten Worte des Präsidenten von den Plätzen erhoben.) Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu seinen Ehren von den Plätzen erhoben haben.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des

Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik

in Verbindung mit der ersten Lesung des Amnestiegesetzes und den Interpellationen der Unabhängigen über das Fortbestehen von Selbstschutzorganisationen, betz. die Schadloshaltung von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverräterischer Unternehmungen zu Schaden ersatz verurteilt sind und bei die Vorgänge anlässlich der Hindenburgrede in Königsberg sowie die Interpellation der Sozialdemokraten über antirepublikäre Kundgebungen von Angehörigen der alten Armee und Beteiligung der Reichswehr an derartigen Veranstaltungen.

Präsident Löbe bittet, heute nur über die Gesetze zu treten, und zwar darunter, daß diese am Schluß der heutigen Beratung dem Ausschuß übermittelt werden könnten, während die Beratung der Interpellation am Donnerstag vorgenommen werden soll.

Minister des Innern, Dr. Körster: Die Reichsregierung hat diesem Hohen Hause den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik zugehen lassen. Der Reichstag hat ihm mit gewaltiger Majorität von 48 gegen 18 Stimmen angenommen. Was uns in dieser Stunde nicht tut, sind nicht lange Reden, sondern Handeln. (Sehr wahr! links.) Der Reichsrat hat mit Nachdruck gearbeitet; ich bitte dieses Hohe Haus im Namen der Reichsregierung, den vorliegenden Gesetzentwurf mit der möglichsten Bejahungserklärung zu verabschieden. Die Materie dieses Gesetzentwurfs ist schon in zwei Beratungen des Reichspräsidenten geregelt. Dennoch schlagen wir Ihnen vor, an Stelle der Beratungen ein Gesetz zu schaffen, und zwar aus folgenden Gründen: Die Reichsregierung ist der Meinung, daß mit den Ausnahmeverfügungen des Art. 48 der Verfassung so selten und so kurz wie möglich reagiert werden soll. Dieser Gesetzentwurf ist zwar aus einem eigentlichen Notstand herausgemacht, aber dieser Notstand ist seit Monaten wesentlich und fahrlässig vorbereitet. Wir können uns deshalb nicht begnügen, mit einem Instrument, durch das wir lediglich eine augenblickliche politische Situation meistern können, die sich in einigen Wochen wieder vollkommen geändert haben kann. Die Erfahrungen, die wir mit der Beratung des Reichspräsidenten nach dem Morde Gräbers gemacht haben, haben das bewiesen. Wie brauchen dauernde Maßnahmen, durch die wir jenen Sumpfboden offenlegen, entwässern und sanieren können, aus dem die Ermordung Dr. Rathenaus hervorgegangen ist, jenen Sumpfboden, aus dem nach dem Willen einer kleinen

Mörderbande neue Mordeaten, neue Erschütterungen hervortreten sollen, wenn wir nicht endlich den Mut und die Verantwortung finden, das zu tun, was die Situation erfordert, was das deutsche Volk vielleicht schon längst von seiner Regierung erwartet hätte. (Sehr richtig! links.) Aus diesem Grunde finden Sie in dem Entwurf Materialien behandelt, die auf den ersten Blick mit dem organischen Notstand nicht in direktem Zusammenhang stehen. Wir wollen nicht warten, bis man der Republik der Hals abschneidet. (Sehr richtig! links.) Wir bitten den Reichstag, sich hinter uns zu stellen. Über Einzelheiten der Methode kann geredet werden, im übrigen stehen und fallen wir mit dieser Sanierungsaktion. (Beifall.)

Wir werden in diesen Tagen weitere Gesetzentwürfe vorlegen, die diese Aktion fortsetzen und vertiefen sollen. (Beifall links.) Was das Reich regeln kann, wird die Reichsregierung regeln, und zwar noch in dieser Tagungsperiode. Ich mache aber schon hier darauf aufmerksam, wie begrenzt die Kompetenzen sind, die das Reich im Rahmen der Verfassung hat. Das Reich hat keine Executive, keine Schulen, keine Universitäten, keine Gerichte. Dieses Gesetz bekommt seine Wirkung erst durch die Kraft, die ihm die Executive der Länder gibt. Die Sanierungsaktion wird nur gelingen, wenn die Schulen und Universitäten mehr als bisher Pflanzstätten verfassungsmäßiger republikanischer Gestaltung werden. (Sehr wahr! links.) Riesengroß ist daher die Verantwortung der Länder. Von dieser Stelle aus appelliere ich noch einmal an die Bevölkerung der Länder, im Interesse der Einheit der ganzen Sanierungsaktion, diese Verantwortung auch dann zu übernehmen, wenn sie etwas schwerer sein sollte, als die unsrige. Es ist nun gesagt worden, dieses Gesetz sei ein Sozialistengesetz in zweiter Auflage. Das ist falsch. Das Sozialistengesetz knebelt die Gesinnungen. Mit diesem Gesetz werden aber keine Gesinnungen geknebelt. Dann ist gesagt worden, dieses Gesetz sei einem Radefuß entprungen. Wenn wir dieses Gesetz eingeholt haben, so denken wir nicht an die Vergangenheit, sondern an die Zukunft, nicht an ein paar gescheiterte Persönlichkeiten, sondern nur an die Sache. Es ist nicht wichtig, daß der eine oder der andere Minister lebt, wichtig aber ist, daß das Land lebt. Dieses Land ist in Gefahr, und die Regierung erwartet, daß jedermann seine Pflicht tut. (Lebh. Beifall.)

Abg. Silbermann (Soz.):

Die Ursachen, die uns nötigen, zu der heutigen Gesetzesvorlage Stellung zu nehmen, sind außerordentlich betrübliche Erscheinungen im Leben unserer deutschen Republik, die schwer bedroht ist und durch ein Ausnahmegesetz geschützt werden soll, das gegenüber jenen Kreisen, die die Republik geführt haben, also gegen rechts, angewendet werden soll. Der Gesetzentwurf richtet sich nicht gegen eine Gesinnung, sondern gegen Personen und Vereinigungen, zu deren Ziel gehört, die republikanischen Regierungen zu gefährden, ihre Mitglieder zu töten und Gewalt gegen die republikanische Staatsform zu gebrauchen. Es handelt sich also um ein Werk des Verteidigung der Republik, die von dunklen Mächten bekämpft wird, die den Obrigkeitstaat wieder erstehen lassen möchten. (Sehr richtig! links.) Die Methoden, die angewandt werden, um zur absoluten Vernichtung des neuen Staatswesens zu gelangen, sind die schämpflichsten und verwerflichsten, umsonst, als sie sich gegen im Dienste des republikanischen Staates stehende Personen richten. (Sehr richtig! links.) Mit den gemeinsten Mitteln hat man die Vertreter der neuen Staatsidee in der Achtung unserer Mitmenschen herabgesetzt und gleichzeitig alle Organe, auf die man Einfluß hat, dazu benutzt, diesen Gedanken zu verbreiten und selbst die unschuldige Jugend in den Schulen mit diesem Gift und diesen Verleumdungen zu erfüllen. Der Erziehungsarbeiten der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien ist es zu danken, daß sich aus den unterdrückten Persönlichkeiten des alten Obrigkeitstaates selbständige Persönlichkeiten entwickeln, die ihr Geist selbst in die Hand nahmen und nur auch erkennen, daß sie mit dem neuen Staat eng verblübt sind, als sie es mit dem früheren Obrigkeitstaat waren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Arbeiter, Angestellten und alle Republikaner erwarten vom Reichstag, daß jetzt endlich die Sicherung der Republik und der Persönlichkeit in die Warris umgesetzt wird. Meine Partei wird dazu beitragen, was eine Partei, die die Freiheit erstrebt und die neue Staatsform festigen und fördern will, dazu tun kann. Der Schutz der Republik muß so stark werden, daß nach rechts hin für alle Zukunft die Absicht vergeht, der Republik wieder näher zu treten. Es wird hohe Zeit, daß die Republik, das moderne Staats- und Rechtsleben, dauernd gesichert werden. Wird dieses Mal wieder die Empörung der Bevölkerung getanzt, dann schwindet beim Volke das Bewußtsein, daß im Kampf um die Republik die geistigen und geistigen Mittel ausreichen, um der Sache des Volkes zum Siege zu verhelfen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Gesetzentwurf bestreitet uns nicht in allen Punkten. Er geht nicht weit genug und gibt sich mit allzu vielen Ausnahmestimmungen ab. Der größte Mangel ist, daß der Entwurf keine Reichsverfassung vorstellt. Aufgabe der Kommissionsberatungen wird es sein, zu prüfen, ob dieser Mangel dadurch genügend ausgeglichen wird, daß man auf den guten Willen der Länder hantiert. Die gewerkschaftlichen und politischen Verbände, die sich zum Schutz der Republik in gemeinsamen Kundgebungen getupft haben, können in den Bestimmungen des Gesetzentwurfs keineswegs ausreichende Mittel zu diesem Schutz erläutern und halten eine erhebliche Erweiterung für dringend geboten. Die Ver-

Das Gesetz zum Schutz der Republik.

Dem Reichstag ist am Dienstag abend der „Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Republik“ in der vom Reichsrat beschlossenen Fassung zugegangen. Der erste Teil des Gesetzentwurfs sieht „Strafbestimmungen zum Schutz der Republik“ vor, der zweite Teil beschäftigt sich mit dem „Staatsgerichtshof“, der dritte lautet „Verbotene Vereinbarungen“, der vierte Teil beschäftigt sich mit der „Beschlagnahme und dem Verbot von Druckschriften“ und schließlich sieht der fünfte Teil nähere Anordnungen in bezug auf „Mitglieder vormaliger landesherrlicher Familien“ vor. Wir geben nachfolgend die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzentwurfs wörtlich wieder:

§ 1 des ersten Teils lautet: „Personen, die an einer Vereinigung teilnehmen, von der sie wissen, daß es zu ihren Zielen gehört, Mitglieder einer im Amte befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes zu töten, werden mit dem Tode oder lebenslangem Zuchthaus bestraft. Ebenso werden Personen bestraft, die in Kenntnis der vorbezeichneten Ziele eine solche Vereinigung durch Zuwendungen unterstützen.“

Dritte Personen, die um das Dasein einer solchen Vereinigung wissen, werden mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis bestraft, wenn sie es unterlassen, von dem Bestehen der Vereinigung, von den ihnen bekannten Mitgliedern oder von deren Verbleib der Behörde oder durch das Verbrechen bedrohten Person unverzüglich Kenntnis zu geben. Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn die Anzeige von einem Geistlichen in Ansehung dessen hätte erstatte werden müssen, was ihm bei Ausübung der Seelsorge anvertraut worden ist.“

§ 2 des gleichen Teiles besagt: „Mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren, neben dem auf Geldstrafe bis zu fünf Millionen Mark erkannt werden kann, wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, bestraft: 1. wer öffentlich Gewalttaten gegen die verfassungsmäßige republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes oder gegen Mitglieder der im Amte befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes verherrlicht oder ausdrücklich billigt, oder wer solche Gewalttaten belohnt oder den Täter oder einen Teilnehmer begünstigt, oder wer verstorbene Mitglieder einer solchen Regierung, die der Gewalttat zum Opfer gefallen sind, verleumdet oder öffentlich beschimpft; 2. wer zu Gewalttaten gegen Mitglieder der im Amte befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes auffordert, aufwiegt oder solche Gewalttaten mit einem andern verabredet; 3. wer Mitglieder der im Amte befindlichen republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes, oder wer im Zusammenhang mit ihrer Amtsführung Mitglieder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes verleumdet oder öffentlich beschimpft; 4. wer öffentlich die verfassungsmäßige republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes oder die Reichs- oder Landesfarben beschimpft; 5. wer an einer Verbindung der im § 128 und im § 129 des Strafgesetzbuches bezeichneten Art teilnimmt oder sie durch Zuwendungen unterstützt, wenn die Verbindung den Zweck hat, die verfassungsmäßige republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus. Im Falle der Nr. 3 findet, wenn die Tat öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Darstellungen oder Abbildungen begangen worden ist, der § 200 des Strafgesetzbuches Anwendung.“

§ 3 des ersten Teiles sieht neben Todes- und Zuchthausstrafe auch Geldstrafe vor, „wenn diese Bestrafung geeignet erscheint, weiteren hochverrätischen Umtreibern des Verurteilten vorzubeugen. Die Höhe der Geldstrafe ist nicht beschränkt.“ Bei einer solchen Verurteilung kann dem Verurteilten, ferner der Ausenthal in bestimmten Teilen oder an bestimmten Orten des Reiches auf die Dauer bis zu fünf Jahren verboten werden. Gegen Ausländer ist Ausweisung aus dem Reichsgebiet statthaft.

Ein Disziplinargefetz für die Beamten.

Wie die „Dena“ erfährt, hat das Reichskabinett sich gestern bei der Beratung über das Gesetz zum Schutz der Republik auch mit einem besonderen Disziplinargefetz für die Beamten beschäftigt, durch welches Gewähr dafür gegeben werden soll, daß republikanisch zuverlässige Beamte in die wichtigsten Stellen gesetzt und Sicherheiten gegen eine monarchistische und reaktionäre Agitation geschaffen werden. Die preußische Regierung wird, wie wir weiter hören, zu diesem Gesetz noch einen besonderen Antrag einbringen, in dem sie die Ausdehnung des Kreises der Beamten, die zur Disposition gestellt werden können, verlangt.

Die Lage im Buchdruckerstreit.

Die Arbeiterpresse erscheint.

Mittwoch vormittag tagten im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Funktionäre der Berliner Buchdrucker. Die Stimmung war nach wie vor so, daß neben der Verbitterung über ihre wirtschaftlich ungünstige Lage alle anderen Gründe, die in der Diskussion vorgebracht wurden, verloren. Der Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission, Siegle, nahm in kurzen eindeutig klaren Ausführungen Stellung zum Buchdruckerstreit. Er wies darauf hin, daß es hier um sehr gehe, als um die Lohnforderung. Die Berliner Arbeiterschaft sei durch den Buchdruckerstreit in eine schwierige Lage gekommen. Als Vertreter der SPD sprach Genosse Heinig. Er rief im besonderen auf die entsetzlichen politischen Wirkungen des Buchdruckerstreits hin, der die Republik in einem Moment größter Gefahr blind mache. Das könne doch nicht der Wille der Buchdrucker sein. Genosse Müller als Vertreter der USP sprach im gleichen Sinne.

Aber erst die Ausführungen des Kollegen Massini erreichten, daß die Versammlung, da heute, Mittwoch, nachmittag mit der Reichsregierung Verhandlungen gepflogen werden, vertagt wurde.

Erscheinen der Arbeiterpresse beschlossen

Neben jeder Verurteilung wegen der ein oder anderen beklagten straflichen Handlung kann der Verlust der bekleideten öffentlichen Ämter, der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte, bei Militärpersonen auf Dienstentlassung erkannt werden. Auch ist der Auspruch der dauernden oder zeitweiligen Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zulässig. Gegen Beamte und Militärpersonen im Ruhestande kann auf gänzlichen oder teilweisen Verlust des Ruhegehalts erkannt werden; der Verlust kann auf bestimmte Zeit beschränkt werden.

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofes werden nach dem Gesetzentwurf für die Dauer der Geltung des Gesetzes, also für fünf Jahre, ernannt. Anklagebehörde ist die Reichsanwaltschaft. Der Reichsminister der Justiz kann mit Zustimmung des Reichsrats für das Verfahren besondere Vorschriften erlassen. Der Staatsgerichtshof ist zuständig für die in den §§ 1, 2 und 3 Absatz 1 bezeichneten Handlungen, die mit dem nach Absatz 1 zu seiner Zuständigkeit gehörenden Handlungen in tatsächlichem Zusammenhang stehen.

Verboten werden können nach dem Gesetzentwurf Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen, wenn die Besorgnis begründet ist, daß in ihnen Erörterungen stattfinden, die den Tatbestand einer der in den §§ 1, 2 und 3 Absatz 1 bezeichneten strafbaren Handlungen bilden. Vereine und Vereinigungen, in denen solche Erörterungen stattfinden oder die Bestrebungen dieser Art verfolgen oder die für eine bestimmte Person als Thronanwärter werben, können verboten und aufgelöst werden.

Für periodische Druckschriften, die gegen die §§ 1, 2 und 3 Absatz 1 des Gesetzes verstößen, kann, wenn es sich um eine Tageszeitung handelt, ein Verbot bis auf die Dauer von vier Wochen, in andern Fällen bis auf die Dauer von sechs Monaten ausgesprochen werden. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt. Wer dennoch eine verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mark erkannt werden kann.

Der fünfte Teil des Gesetzes, der sich auf die Mitglieder vormaliger landesherrlicher Familien bezieht, hat folgenden Wortlaut:

„Mitglieder solcher Familien, von denen ein Angehöriger bis November 1918 in einem ehemaligen deutschen Bundesstaate regiert hat, können, wenn sie wegen einer der in den §§ 1, 2 und 3, Abs. 1 bezeichneten strafbaren Handlungen verurteilt worden sind, durch Beschluss der Reichsregierung aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden. Mitglieder solcher Familien, von denen ein Angehöriger bis November 1918 in einem ehemaligen deutschen Bundesstaate regiert hat, dürfen, wenn sie ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland haben, nur mit Erlaubnis der Reichsregierung das Reichsgebiet betreten und können im Falle der Zuwidderhandlung durch Beschluss der Reichsregierung aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden.“

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird zu der vorliegenden Reichstagsfassung eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen einbringen. Diese Anträge werden in wesentlichen Punkten den gemeinsamen Forderungen der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien entsprechen, soweit sie durch das Gesetz nicht erfüllt werden. Ob das Verbot schwarz-weiß-roter Fahnen, wie überhaupt sämtlicher monarchistischer Embleme in das Gesetz angenommen werden kann, erscheint uns sehr fraglich, wie wir überhaupt eine Aufnahme derartiger Bestimmungen in das Gesetz unter den gegebenen Umständen für unzweckmäßig halten. Das Gegebene wäre, die schwarz-weiß-roten Farben usw. auf dem Verordnungswege zu verbieten.

Um Mittwoch sollen die Redner sämtlicher Fraktionen bei der Besprechung des Gesetzentwurfs noch zu Wort kommen, damit das Gesetz sofort dem Ausschuß zur weiteren Beratung überwiesen werden kann. Die Beratung im Plenum des Reichstages wird verbunden mit vier Interpellationen, unter denen sich auch die Sozialdemokratie betr. der Regimentsfeiern befindet. Für die Sozialdemokratie spricht Genosse Silberschmidt.

Iehnt. Die Buchdrucker versammeln sich voraussichtlich Freitag vormittag zur weiteren Stellungnahme, wenn nicht auf Grund der Mittwoch nachmittag stattfinden Verhandlungen eine frühere Zusammenserzung der Funktionäre erfolgt.

Großkraftwerk Hannover angenommen.

Der Preußische Landtag beschäftigte sich heute noch einmal mit dem Gesetzentwurf über das Großkraftwerk Hannover. Gegen dieses bereits von ihm angenommene Gesetz hatte der Staatsrat bekanntlich Einspruch erhoben, so daß nach der Fassung des Gesetzes nur Zustande kommen konnten, wenn bei der nochmaligen Lesung sich eine Zweidrittelmehrheit dafür ergab. Die Abstimmung erfolgte, da die Zweidrittelmehrheit zweifelhaft war, nach der Methode des Hammelsprungs. Es ergaben sich bei 307 Abstimmenden 215 Stimmen für und 92 Stimmen gegen das Gesetz, so daß die Zweidrittelmehrheit erzielt war.

Der Staatsrat erhielt gleich noch eine zweite Ohrfeige, indem der auf Beschluss des Staatsrates von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf, der das Ueberalterungsgesetz außer Kraft setzen soll, vom Landtag gegen die Stimmen der Rechtsparteien abgelehnt wurde.

Kohlenkrise und Bergarbeiter.

Die Schwierigkeiten der allgemeinen Brennstoffversorgung Deutschlands haben schon seit längerer Zeit den Gedanken aufzutauen lassen, die Bergarbeiter zu einem befristeten Überarbeitsabkommen zu bewegen. Die mannigfachen Versuche in dieser Richtung, sowohl von amtlicher als auch von Unternehmenseite, haben bisher noch nicht zu dem erhofften Ergebnis geführt. Die Bergarbeiter haben das Ansinnen, an 4 Tagen in der Woche eine achte Stunde zu verfahren, abgelehnt und zwar mit der Begründung, daß die Überarbeitsfrage nicht eher diskutabel sei, bis verschiedene ihrer Forderungen erfüllt seien. Diese Stellungnahme der Bergleute mag manchen, angahts der steten Bereitwilligkeit, volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen — z. B. Spree — überraschen. Und doch ist es nicht mongelndes volkswirtschaftliches Verständnis oder gar böser oder ungenügender Gemeinnütz, was die Ablehnung hervorrief, sondern Gründe, deren Auflösung die in der gegenwärtigen sozialen

Atmosphäre gelagerten Produktionshemmungen deutlich erkennen läßt.

Nachdem die ersten drei Monate des Jahres einen erfreulichen Aufschwung der Förderziffern sowohl hinsichtlich des Gesamtleistungs- als auch des Einzelleistungssseffekts, ist seit April im Ruhrgebiet ein erheblicher Rückgang eingetreten. Durch die Abtrennung Oberschlesiens und durch die Verpflichtung zur Lieferung von Reparationskohle ist ohnehin die Kohlendecke der deutschen Produktion um etwa ein Drittel verkürzt worden, was zur Folge hat, daß trotz Vollbeschäftigung der Produktionsapparat nicht voll ausgenutzt werden kann. Es genügt, hier hinzuweisen, daß von 250 Hochöfen in der Großindustrie nur etwa 150 unter Feuer stehen — eine Erscheinung, welche einer allgemeinen Herabsetzung der Produktivität der Arbeit gleichkommt, denn dieselbe Gesamtarbeitszeit aller Arbeitenden verkörpert sich in einer viel geringeren Quantität von Gütern als bei einem vollbeschäftigten Produktionsapparat. In der gleichen Richtung wirkt die Zunahme der je Tonne Roheisen erforderlichen Kohlmenge, die gegen Friedenszeit eingetreten ist. Betrag der Verbrauch an Koks je Tonne Roheisen 1914 1,1 Tonne, so stieg er 1921 auf 1,3 Tonne, mit anderen Worten, zu der Erzeugung einer gleichen Menge Roheisen braucht man gegenüber der Friedenszeit ein Mehr an Koks.

Die Großindustrie sucht die Schwierigkeiten der zu knappen Kohlendecke durch den Prozeß der vertikalen Vertrustung herabzumindern. Gewaltige Zusammenschlüsse auf der Basis Kohle entstanden in der letzten Zeit, und noch ist die Entwicklung in dieser Richtung nicht abgeschlossen. Dieser Vorgang konnte jedoch infolge der gewinnwirtschaftlichen Bewirtschaftung der Kohle lediglich für die vertikal vertrusteten Betriebe die Kohlensalinität nicht völlig beheben. Andere Auswege müßten gesucht werden. Der Einfuhr ausländischer Kohle stand noch zu Anfang des Jahres die erhebliche Spanne zwischen Inland- und Weltmarktpreis gegenüber. Bekannt ist nun das Bestreben prominenter Großindustrieller nach Ausgleich des Inland- und Auslandpreisniveaus der Kohle. Die Spekulation ging dahin, durch Herauftrieben der Kohlenpreise an die Weltmarktpreise die privatkapitalistische Rentabilität des sog. reinen Bergbaues zu beheben und gleichzeitig die so gemachten Zusatzgewinne auf die Einfuhr englischer Kohle kalkulatorisch umzurechnen. Zwei Flügel mit einer Klappe: Verbreiterung der Kohlendecke und gestiegerte Konkurrenzfähigkeit gegenüber der nicht vertrusteten Industrie, die eine solche Umrechnung ja nicht vornehmen kann. Diese Spekulation konnte aber nur richtig sein, wenn in dem allgemeinen Weltzonen nach den Weltmarktpreisen die Kohlenpreise ein schnelleres Tempo hätten einschlagen können wie die übrigen Preise. In dieser Hinsicht hatte man sich verpetuliert. Der innere Wert der Mark, der vor noch nicht zu langer Zeit über dem äußeren Wert, gemessen am Dollar, stand, schwand immer mehr und damit der Faktor, der die besondere Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber hochwertigeren Ländern ermöglichte. Der Rechenfehler wurde noch größer durch die Aussicht auf eine Besserung der deutschen Balanc durch Anleihe und Günstigerstellung der Reparationsverhandlungen. Schon stieg am Horizont das Gespenst des Preisabschusses auf.

In dieser Zeit verstärkte sich der Ruf, die vornehmlich aus England kommende Kohleneinfuhr durch Überarbeit abzudrosseln. Die Gründe, die dafür ins Feld geführt wurden, sind einmal der Umstand, daß nach Wegfall der englischen Kohleneinfuhr unsere Zahlungsbilanz erleichtert werden könnte, letztes Endes also eine Besserung des Marktes damit zu erreichen wäre. Weiter wird auf die ungenügende Bevorrätung der Eisenbahn hingewiesen, welche für den Herbst Schwierigkeiten verkehrstechnischer Art befürchten ließ. Die verkehrsarmen Sommermonate hätten eine gestiegerte Töpfert einer Mehrproduktion aus Überarbeit ermöglicht. Die Forderung nach Überschüssen fiel außerdem zeitlich zusammen mit der aus einer gewissen Deflationsfurcht geborenen Tendenz, die durch die fortgeschrittenen Teuerung bedingte Lohnentwicklung im Bergbau, sowohl wie in anderen Gewerbezweigen zu bremsen.

Börsenwirtschaft.

Butterauktion.

Hamburg, 5. Juli.

Hohe Butterpreise.

Bei der heutigen Butterversteigerung der Meierei-Bünde von Schleswig-Holstein machte sich bei lebhafter Nachfrage und noch immer knappen Zufuhren ein weiteres Steigen der Butterpreise bemerkbar. Es wurden bezahlt 88,50—88,55 Mt. das Pfund (gegen 65,40—68,55 Mt. in der Vorwoche.) Zu diesen Preisen kommt noch ein Kabelgeld von 2 pfz. Die sprunghafte Steigerung der Preise ist auf die knappen Zufuhren und die durch die katastrophale Entwertung der Mark hervorgerufene Preissteigerung von Schmalz und Margarine zurückzuführen. In Gründen für den Wucher fehlt es ja nie.

Devisen-Kurse.

Berlin, 6. Juli.

	5. Juli.	8. Juli.
Amsterdam	16879,10	16729,05
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	9320,80
Kristiania	100 Kr.	7066,15
Kopenhagen	100 Kr.	9238,40
Stockholm	100 Kr.	9266,15
Helsingfors	100 finn. Mk.	945,80
Rom	100 Lire	1970,—
London	1 £	1892,60
New York	1 Doll.	1922,55
Paris	100 Frs.	3545,05
Zürich	100 Frs.	—
Madrid	100 Pesetas	3019,95
Wien	100 K.	6516,80
Prag	100 K.	1951/2
Budapest	100 K.	828,95
	56,75	39,20

Schiffsvorlehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 5. Juli: D. Marathon von Viborg in 2 Tg., D. Travemünde von Wismar in 1 Tg., D. Patriot von Lübeck in 12 Tg., D. Friedland von Svendborg in 1 Tg., D. Golus von Stockholm in 2 Tg., S. Hedwig von Helsingør in 14 Tg., D. Helgoland von Kolding in 2 Tg.

Berantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuerland Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interessenvereinigte Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg für die Freie Presse & Co. Hamburg 18.

DIXIN das dankbare
Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Ausdrucken!

Landfrankentasse für die Provinz Lübeck.

Durch Gesetz vom 9. Juni 1922 — veröffentlicht im Reichsgesetzblatt Nr. 41 vom 23. Juni 1922 — ist der Grundlohn und die Versicherungsgrenze für Angestellte in der Krankenversicherung erhöht worden. Der Kassenvorstand legt daher mit Wirkung vom 3. Juli 1922 den Grundlohn, die Beiträge usw. wie folgt fest:

Lohnstufe	Tagesverdienst	Grundlohn	Wochenbeitrag	Davon Arbeitnehmer	Arbeitgeber	Krankengeld für d. Arbeitstag	Sterbegeld
	Mit.	Mit.	Mit.	Mit.	Mit.	Mit.	Mit.
I	bis zu 4,-	Mit.	4,-	2,16	1,44	0,72	80,-
II	von 4,01 - 8,-	Mit.	8,-	4,32	2,88	1,44	160,-
III	8,01 - 12,-	Mit.	12,-	6,48	4,32	2,16	240,-
IV	12,01 - 16,-	Mit.	16,-	8,64	5,76	2,88	320,-
V	16,01 - 20,-	Mit.	20,-	10,80	7,20	3,60	400,-
VI	20,01 - 24,-	Mit.	24,-	12,96	8,64	4,32	480,-
VII	24,01 - 28,-	Mit.	28,-	15,12	10,08	5,04	560,-
VIII	28,01 - 32,-	Mit.	32,-	17,28	11,52	5,76	640,-
IX	32,01 - 36,-	Mit.	36,-	19,44	12,96	6,48	720,-
X	36,01 - 40,-	Mit.	40,-	21,60	14,40	7,20	800,-
XI	40,01 - 50,-	Mit.	50,-	25,-	18,-	9,-	1000,-
XII	50,01 - 60,-	Mit.	60,-	32,40	21,60	10,80	1200,-
XIII	60,01 - 70,-	Mit.	70,-	37,80	25,20	12,80	1400,-
XIV	70,01 - 80,-	Mit.	80,-	43,20	28,80	14,40	1600,-
XV	mehr als 80,-	Mit.	90,-	48,60	32,40	16,20	1800,-

für diejenigen Versicherten, für welche der Ortelohn als Grundlohn gilt, werden folgende Beiträge erhoben:

a) männliche Personen	über 21 Jahre	von 16 bis 21 Jahren	unter 16 Jahren
	12,96 M.	10,80 M.	8,10 M.
b) weibliche Personen	9,72	8,10	5,40

für alle landwirtschaftlichen Arbeiter, Forst- und Freierbeiter, landwirtschaftliche Gehilfen, Verwalter, Knechte usw., welche nicht als 80,- M. täglich, 860,- M. wöchentlich oder 1500,- M. monatlich an Entgelten verdienen, ist bis zum 19. Juli 1922 eine neue Verdienstanzeige einzureichen.

Bertriebsbeamte usw., welche wegen Niederschreitung der Versicherungsgrenze von 40 000 M. aus der Kasse abgemeldet bzw. nicht gemeldet werden sind, sind der Kasse bis spätestens 9. Juli 1922 auf dem vorgeschriebenen Formular zu melden, soweit ihr regelmäßiger Tagesarbeitsverdienst jetzt 72 000 M. an Entgelt nicht übersteigt.

Gutin, den 3. Juli 1922.

Wilhelm Wirt, Vorsteher.

Der Vorstand.

Saison-Ausverkauf

vom 5. bis 15. Juli.

Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1 (4186) St. Petri 2 u. 4

Beachten Sie die Preise
in den 5 Schautenstern!

Bei wirklich preiswerte Angebote.

Das bekannt reelle Einrichtungshaus
für Arbeiter und jeden Verein.

Damen- und Herregarderoben,
Manufaktur und mod. Damen-
Herren- und Kinderstiefel usw.

Zurückgekehrt:

Bruno Baumgart **Stimerbier.**

Reichenstr. 8-9-10 (4185) R. Bede.

Dentist. (4115)

Mitglied der Deutschen Zahnärztekammer.

Zu jeder Jahreszeit wird es bei
Jung und Alt gern gesessen, wenn
als leckere Nachspeise
ein

leckerer Pudding

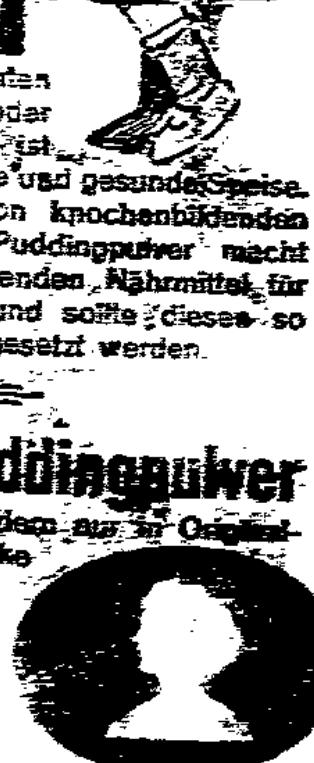
auf den Tisch kommt. Mit frischen
gekochten oder eingemachten
Früchten, mit Rhabarber oder
mit Fruchtauff angereichert, ist
dies zugleich eine nahrhafte und gesunde Speise.

Der besondere Zusatz von knochenaufbauendem
Satz im Dr. Oetker's Puddingpulver macht
diese zu einem hervorragenden Nahrungsmittel für
heranwachsende Kinder, und sollte dieses so
oft als möglich vorgesetzt werden.

Dr. Oetker's Puddingpulver

kann man niemals löse, sondern aus der Packung
packen mit der Schuhzange.

Oetker's Pudding
in den Handel



Aufbewahren!

D. T. V.

Vorstandssitzung
am Freitag, 7. Juli,
abends 7 Uhr (4127)
im Bureau.

Verband der Bäcker-
und Mühlenarbeiter.
Zahlstelle Lübeck.

**Mitglieder-
Versammlung**
am Sonnabend, 8. Juli,
6½ Uhr,

im Gewerkschaftshaus.

D a g e s o r d n u n g :
1. Bericht über stattgefunden-
ene Lohnbewegungen;
2. Bericht vom Verbands-
tag: (4117)

3. Feststellung des Lofa-
beitrages u. Regelung
der Entschädigung der
Bücher.

Um vollzähliges und
prächtliches Erscheinen er-
wünscht. Der Vorstand.

4131) Der Obmann.

Der Vorstand.

Wilhelm Wirt, Vorsteher.

Deutscher
Bauarbeiter-
Verband Lübeck.

Achtung!

Bandelegierte und
Lehrlinge!

Am Freitag, dem 7. Juli
abends 7½ Uhr findet eine
Gemeinsame

Berghammlung

im Gewerkschaftshaus
statt.

T a g e s o r d n u n g :
Warum brauchen wir ge-
werkschaftliche Jugend-
abteilungen?

Ref.: Koll. Niendorf,
Hamburg.

Zahlreiches Erscheinen
sämtlicher Delegierten u.
Lehrlinge ist erforderlich.

Der Vorstand.

Zahlstelle Schwartau.

Antreten der Kollegen
zum Gewerkschaftsfest am
Sonntag, mittags 1 Uhr
im Vereinslokal.

4131) Der Obmann.

Der Vorstand.

Wilhelm Wirt, Vorsteher.

Der Vorstand.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 6. Juli.

Aufruf.

Wir wollen die neue, die bessere Zeit!
Nun wohlan!
So heißt Euch aus Reue, aus Schuld und aus Leid,
Du Weib und du Mann!

Wir wollen das Große, das Nichte der Welt!
Nun wohlan!

So trennt Eure Lüse vom schmückigen Geld,
Du Weib und du Mann!

Wir wollen es wissen, was Mensch ist und heißt!
Nun wohlan!

So heißt von den Kissen den schlafenden Geist,
Du Weib und du Mann!

Wir wollen erfassen den ewigen Schein!
Nun wohlan!

So schafft in die Gassen den Himmel hinein,
Du Weib und du Mann!

Alsons Begrüß.

Bericht aus diesen Zahlen.

Es erscheinen an Tageszeitungen:

Deutsch-national	402
Deutsche Volkspartei	255
Zentrum	319
Demokraten	272
„Parteilos“	1884
Insgesamt bürgerliche	3162
SPD.	139
USPD.	42
KPD.	45

Arbeiterzeitungen insgesamt 226

Wer sind die Leser der arbeiterfeindlichen Zeitungen?

Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Mitglieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Knechtung bestimmten Presse die ungeheure Macht verleihen, über die sie verfügt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, sieht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung. Beträchtigen wir uns dieses Verels, und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.

Genossen und Genossen! Beherrsiget diese Worte des alten Wilhelm Liebknecht, werkt und wirkt unermüdlich für die Presse der werktätigen Bevölkerung, für den

Lübecker Volksboten.

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen dessen Interessen.

*

Im Lübschen Staatsgebiet verboten. Das Polizeiamt macht bekannt: Auf Grund von § 1 der Verordnung zum Schutz der Republik vom 22. Juni 1922 und der Ausführungsverordnung des Senates vom 4. Juli 1922 werden nachfolgende Vereine und Verbände verboten und aufgelöst:

1. Deutsch-pöltischer Schütz- und Truhbund,
2. „Der Stahlhelm“, Bund der Frontsoldaten,
3. Teja-Bund,
4. Nationalverband deutscher Offiziere,
5. Verband nationalgefürchter Soldaten.

Wie uns mitgeteilt wird, hat „Der Stahlhelm“ Plakate angeschlagen, in denen er sich gegen die Anschuldigung der Geheimbündelei wehrt und diese Bezeichnung auf parteipolitische Hecke zurückführt. Glauben wird den abgestumpften Pökelhaubenbrüdern ihre Bedeutung niemand.

Die Bürgerschaftsfraktion hält am Freitag abend 6 Uhr im Rathaus eine Sitzung ab. Pünktliches und vollzähliges Er-scheinen wird erwartet.

Die Milch kostet 10 Mark. Vom Landesversorgungsamt wird uns mitgeteilt, daß der Milchpreis, infolge der ganz außergewöhnlichen Steigerung der Butterpreise auf der letzten Hamburger Butterauktion, für die kommende Woche, beginnend am Freitag, dem 7. Juli, auf 10 Pf. für einen Liter Vollmilch festgesetzt worden ist. — Die Produzenten wissen schon, wie sie die Verbraucher schützen müssen. Die Art der Preissfestsetzung ist ein Stand-

ard. Abgabe von Feuerung an Minderbemittelte durch das Wohlfahrtsamt. Im vergangenen Winter hat das Wohlfahrtsamt ungefähr 6000 Personen mit billiger Feuerung versorgt. Ausgegeben sind Gutscheine auf ungefähr 13 000 Rentner-Briefkets und ungefähr 9500 Rentner-Hartkots. Die Preise lagen weitgehend im zweiten Teile des Winters erheblich unter den sonstigen Tarifpreisen. Trotzdem wurden besondere Staatsmittel für die Verbilligung nicht beansprucht, weil das Wohlfahrtsamt die erforderlichen Mengen zu Beginn des Winters zu günstigen Preisen eingekauft hatte. Für den kommenden Winter hat sich das Wohlfahrtsamt erneut mit den hiesigen Kohlenhändlern in Verbindung gefestigt und sich die erforderliche Menge an Winterfeuerung zu möglichen Preisen gesichert. Mit der Ausgabe von Gutscheinen an Minderbemittelte (gedacht ist etwa an Personen unter 10 000 Mark Jahreseinkommen) wird voraussichtlich im September begonnen werden. Da die Preise inzwischen ganz erheblich erhöht sind, wird das Wohlfahrtsamt dieses Mal die Bereitstellung von Staatsmitteln zur weiteren Verbilligung von Feuerung erbitten müssen, weil auch zu ermäßigten Preisen, zu denen die Kohlen von den Händlern abgegeben werden sollen, die meisten Minderbemittelten sich heute mit Feuerung nicht vertreten können. Einen gewissen Betrag werden sie jedoch auch aufbringen müssen und es wird daher empfohlen, daß sich Minderbemittelte (Kleinrentner, Invalidenrentner, Kriegshinterbliebene, Schwerriegessbeschädigte, Blinde und dergl.) schon jetzt etwas Geld für diesen Zweck zurücklegen, wenn sie nicht in der Lage sind, noch zu den heutigen Preisen Feuerung einzunehmen.

Rathenau-Feier. Die Deutsche Demokratische Partei macht auf die am Freitag, abends 8 Uhr, im Marmorsaal stattfindende Rathenau-Feier aufmerksam. Die Feier ist nicht nur für Mitglieder der Partei bestimmt, sondern für alle, welche den politischen Mord verabscheuen. Neben Mustervorträgen werden der Ehrenvorstand Dr. Götz und General v. Schönach Ansprachen halten.

Dem General-Anzeiger lassen Abonnenten weg. Schwer betrübt ist der Unparteiische in der Königstraße, weil der Volksbote seine nationalistische und volksfeindliche Politik angenehmt hat. Der Gen-Anz. bildete sich ein, wir würden ihn nur des Abonnementanges wegen angefeindet. Da befindet sich das Blatt schwer im Irrium. Die Leser finden allmählich selbst heraus, daß sie mit der General-Anzeigerpolitik am Narrenseit herumgeführt werden und ziehen die notwendigen Schlüsse daraus. Der General-Anzeiger hatte in dem von uns angezogenen Urteil schamhaft eine Verquickung nationalistischer Politik gegen die Entente mit antisemitisch-deutschpöltischen Bestrebungen abgelehnt und so getan, als ob er aus lauterer Quelle im Dienste des Vaterlandes schöpfe. Dernweit ist gerade der General-Anzeiger ein Blatt, das jede nationalistische Rundgebung nicht nur sorgfältig registriert, sondern mit dem Aufgebot eigener Phantasie aufbaut. Wir erinnern nur an die Sonnenfeier auf dem Pariser Berg, also der General-Anzeiger bei der Rede des Herrn Warteholz in Verzückung geriet. Seine ganze Politik war niemals etwas anderes als einfältiges nationalistisches Phrasengelingel. Wenn er sich jetzt auch vorübergehend dummkopf stellt, so nur deshalb, weil die Volksstimung allzu sehr gegen ihn spricht. Den General-Anzeiger treibt die Angst vor dem Abonnementeschwund, deshalb verucht er plötzlich, den Mantel für einige Minuten auf die andere Seite zu hängen, doch die bisherigen Leistungen des General-Anzeigers genügen vollkommen, um den Arbeitern endgültig die Augen zu öffnen. Bielesch wird der General-Anzeiger mit seinem Abonnementstand aus Arbeiterkreisen noch schlechte Erfahrungen machen, weil diese erkannt haben, daß der General-Anzeiger nichts anderes ist als ein Kriegervereinsbummel für die Monarchie.

Schiedsspruch für das Baugewerbe. Nachdem die bezirklichen Lohnverhandlungen für die Provinz zu keinem Ergebnis führten, tagte am 3. Juli das Bezirkslohnamt für das Hoch-, Be-

ton- und Tiefbaugewerbe für die Provinz Schleswig-Holstein, Hamburg mit Cuxhaven und Lübeck. Nach eingehender Beratung wurde folgender Schiedsspruch gefällt: Für den Monat Juli 1922 ist im Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe sämtlichen Arbeitnehmern auf die bestehenden Löhne ein Zuschlag von 4 Mark pro Stunde, außerdem den Facharbeitern einschl. der Maschinisten und Heizer eine weitere Zulage von 20 Pf. stündlich zu gewähren. Für die Zimmerer wird das bestehende Geschirrgeld im gesamten Tarifgebiet um 10 Prozent erhöht. Mit Übereinstimmung der in Frage kommenden Vertragsparteien werden für das gesamte Tarifgebiet, mit Ausnahme des Lohnbereichs Groß-Hamburg 1—4, Lübeck und Cuxhaven, im Hochbaugewerbe die tariflich in Mark und Pfennig ausgedrückten Zuschläge, soweit sie während der laufenden Tarifdauer keine Erhöhung erfahren haben, um 10 Prozent erhöht. Die Zustimmung der Parteien ist dem unparteiischen Vorstand bis zum 11. Juli zu melden.

Zum Streit der Schiffsingenieure, Seemachinisten, Assistenten und Bordelektrolytiker der gesamten Großschiffahrt und Seefahrtsschiffahrt schreibt uns der diesbezügliche Verband noch u. a., daß er sich schon seit Mitte März in Gemeinschaft mit allen anderen im Aktionsausschuß seemannischer Berufsverbände vereinigten bemüht, den am 31. März abgelaufenen Tarif zu erneuern. Die Hauptforderung der technischen Schiffsoffiziere war die Bezahlung jeder gemachten Überstunde. Auf die Monatsgehälter, die sich für unsere Kollegen zwischen 2650 und 5500 Mark stellen, wobei das letztere nur für die leitenden Ingenieure in der großen Fahrt gilt, ist ein Zuschlag von 40 Prozent gefordert worden. Wenn man bedenkt, daß die Schiffsingenieure und Seemachinisten, die einen äußerst schweren Dienst — sowohl auf See wie auch im Hafen — unter oftmal sehr erschwernden Verhältnissen — haben und wie jeder Seemann auf alle Unannehmlichkeiten des Lebens verzichten müssen, gezwungen sind, und dabei ein Familienleben in diesem Sinne ihr Leben lang kaum kennen lernen, so wird man ohne weiteres diese Forderung als beiderdein bezeichnen müssen, ganz abgesehen davon, daß dieses Gehalt zur Deckung der schon bis zum äußersten eingeschränkten Bedürfnisse noch nicht einmal langt. Dabei haben die Seefahrer gerade in ihrem Beruf viele Sonderlasten und müssen im Auslande für notwendige Einsätze große Summen ihres Gehaltes infolge der Valuta fortgeben. Doch diese Gehaltsfrage allein hätte uns wohl kaum genügt, die scharfe Waffe des Streits anzuwenden. Wir Schiffsingenieure und Seemachinisten müssen unseren schweren Dienst auch der Zeittdauer nach unbeschränkt ausüben. Arbeitszeiten von 16 Stunden sind Alltagsschein. In der Nord- und Ostsee fahrt sind 12 Stunden Mindestdienst durch das Zweitausendvierzigste gegeben. Diese absolut unbeschränkte Dauer der Arbeitszeit glaubt der Zentralverein Deutscher Reederei heute mit 525 M. im Monat abzugelten. Nicht das Ungerechtige dieser Summe, sondern die Ungerechtigkeit, die in dieser Art der Bezahlung der Nebendarbeit liegt. Ist es was, unsere Kollegen aufzubauen und die leite Waffe, den Streik, erneut zu führen? Der Streik umschließt alle Hafensplätze, wobei auch Kiel und Danzig und die vielen kleinen Plätze des deutschen Reiches restlos eingeschlossen sind. Die Schuld daran liegt lediglich in der Dividendenlucht der deutschen Reedereien.

Die Belegschaft der Schiffswerverwertungsgesellschaft Siems befindet sich seit dem 8. Juli in Streik. Zugang ist fern zu halten.

Die Flagge in den deutschen Seesägen. Der Schiffsverkehr hat in den deutschen Seesägen im April nach der Zahl der angekommenen Schiffe um 8,9 Prozent, nach dem Schiffstraum um 18,9 Prozent zugenommen. Auf die deutsche Flagge kamen insgesamt 1562 Schiffe, davon in Hamburg 972, Bremen und Bremerhaven 294, Stettin 282, Flensburg 288, Lübeck 184, Emden 114, Kiel 111, Altona 91, Königsberg 71, Warnemünde 20. Ihr Raum betrug in Hamburg 1 111 748 Registertonnen, in Bremen und Bremerhaven 344 361, Emden 11 635, Stettin 99 088, Cuxhaven 55 494, Lübeck 36 831, Königsberg 33 241, Altona 23 235, Kiel 17 897, Flensburg 15 089, Warnemünde 6991. Abgegangen sind 2596. Der Anteil der deutschen Flagge betrug bei der Ankunft nach der Zahl der Schiffe in Hamburg 56,2 Prozent, Cuxhaven 75 Prozent, Altona 65 Prozent, Bremen und Bremerhaven 69,4 Prozent, Geestemünde 73,8 Prozent, Emden 78,9 Prozent, Flensburg 51,5 Prozent, Kiel 80,6 Prozent, Lübeck 65,1 Prozent, Warnemünde 72,5 Prozent, Stettin 68,1 Prozent, Königsberg 91,8 Prozent. Nach dem Schiffstraum betrug der deutsche Anteil in Hamburg aber nur 26,9, in Cuxhaven 24,5, Altona 53,4, Bremen 38,9, Geestemünde 31,5, Emden 87,8, Flensburg 68,3, Kiel 69,8, Lübeck 58,5; Warnemünde

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von K. von der Eider.

36. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)
Rolf trat ein und warf sich mit einem schweren Schuh auf den ersten besten Stuhl. Er warf die Mütze neben sich und stützte den Kopf auf den Tisch.

„Glaube gern, Du hast es nicht leicht,“ sagte Timm. „Was macht Deine Frau?“

Er zuckte die Achseln. „Es ist immer dasselbe. Wiebke auch heran; sie verträgt sich schlecht mit der Mutter. Man sieht da zwischen Baum und Borke.“

„Schick sie doch vom Hause fort,“ riet Timm.

„Schade,“ murmelte Käthe, „sie wird niedlich.“

Er kniff die Augenlider zusammen, als ob er nach etwas Hübchem in der Ferne ausspähte.

Rolf wandte sich rasch nach ihm um. Seine Augen drohten und der junge Mann suchte sofort seinem Gesicht einen harmlosen Ausdruck zu geben.

Ingeborg trat jetzt herein. Sie sah prachtvoll aus. Ihr Gesicht glänzte; ihre großen, graugrünen Augen gingen von einem zum andern. Sie bewegte sich gemessen und atmete ein wenig stark dabei; man merkte, daß ihr Herzen den Körper sehr straff umschloß. Ihre Bluse war hochgeschürzt und hob und senkte sich.

Die Haar saß wie eine Krone auf ihrem Kopf.

Betrübt machte Käthe sich an sie heran, aber sie ließ ihn abschären wie einen Schuljungen und wandte sich ganz Rolf zu.

„Du kommst ja gar nicht mehr,“ sagte sie in nedigstem Ton, hinter dem der erste Vorwurf sich versteckte. „Hast wohl ganz vergessen, daß wir auch zur Familie gehören? Kannst ruhig mal mit herkommen abends, auch wenn Timm nicht zu Hause ist. Timm ist nicht eiferfüchtig; nicht wahr, Alter?“

Sie schlug ihren Mann auf die Schulter, daß er sich lachend duckte.

Rolf drehte sich nach dem jungen Menschen um; ihm war es als müsse er jetzt höhnisch grinsen, aber er fand nichts in seinen Wiesen, was ihn beeindruckte.

Schweigend lehnte er sich zurück und murmelte etwas von vielen Arbeiten und Sorgen.

„Das glaube ich auch,“ murmelte Ingeborg. „Du hast Deine Baden. Nachts komme ich mal mit heran und sehe, was Ihr macht. Das heißt, wenn Du an unserer Haustür kündigst wieder vorübergeht, finde ich auch die Deine nicht.“ Sie lächelte bei diesen Worten, aber Rolf fühlte, daß es ihr Ernst war.

Als er ging, gab sie ihm das Geleit bis vor die Haustür. Sie sahen sie sich einen Augenblick lang in die Augen. Seine Augen sprachen: „Ich bin ein armer Mann, gib mir ein bißchen von Deiner frischen Freundlichkeit; dann machst Du mich reich.“ Ihr Augen aber redeten eine andere Sprache. Sie forschten, ob unter der stillen Oberfläche noch ein Funken von der früheren Glut glimmt, und ob es sich wohl verschönern würde, es anzufassen. Sie wurden beide nicht flug auseinander.

Rolf kam seitdem nicht von dem Gedanken an sie los, und er wehrte seinen Gedanken nicht mehr. Wohl tauchte Antjes Bild noch ab und zu vor seinen geistigen Augen auf, aber es war ein verblasstes Bild, das bald wieder verschwand.

Ingeborg kam am Sonntag nachmittag zum Kaffee. Sie sah hübsch, frisch und frisch aus und war in der heitersten Laune.

Auf Rehwißhof herrschte eine hässliche Stimmung, als sie ankam; aber sie vertrieb sofort Eicht und Wärme um sich.

Frau Karline langte mit müder Gebärde die Tassen aus dem Schrank. Das Binnermädchen brachte die Kaffeekanne und die Rahmkümmel herein mit bromigem Gesicht und entfernte sich sofort wieder. Wiebke schenkte den Kaffee in die Tassen, ohne die zusammengebissenen Lippen zu öffnen.

Karline fing sofort an zu klagen. Ihr töte es hier und dort weh. Sie könne nicht überall sein, und die Leute spielen ihr auf der Nase. Neulich hatte sie die Binnerdeern dabei überrascht, daß sie sich ein Stück Schwarzbrot mit Butter bestrich. Die Binnerdeern würden auch nach und nach gestohlen. Rolf kümmerte sich um nichts, und Wiebke wäre noch zu jung, von den Leuten die Deerns nichts sagen. Auch die Knechte taugten nichts. Der zweite Knecht müsse zu Mai fort, und Rolf wäre ärgerlich, weil er noch keinen wieder habe. Es wäre so schrecklich schwer, Dienstboten zu bekommen; man müsse mit ihnen umgehen, als wenn sie von Gies wären.

Während Frau Karline ihr Herz ausschüttete, saß Rolf auf seinem Stuhle und gähnte und wand sich schier vor Langeweile und Verdruß. Wiebke sah stumm und teilnahmslos aus dem Fenster.

Wiebke war kein häßliches Mädchen. Sie sah dem Vater ähnlich. Sie war groß und schmächtig, ihr Gesicht war ein wenig blau und schmal, aber die dunkelblauen Augen und das volle dunkelfarbene Haar waren hübsch. Die feinen Gesichtszüge wurden verurteilt durch einen hochmütigen gelangweilten Zug. Nichts in dem Wesen des jungen Mädchens erinnerte an Jugend und Frische. Die Lust, in der sie ausgewachsen war, hatte in dem ehemals harmlos fröhlichen Kind jeden Keim zur Heiterkeit und Liebenswürdigkeit erschafft.

Als das junge Mädchen auf eine kleine Weile hinausging, sah ihr Frau Karline mit mißmutigem Blick nach. „Sie ist ja eigenartig; es ist rein gar nichts mit ihr auszustellen.“ klagte sie mit weinlicher Stimme.

„Schick sie doch mal von Hause fort,“ rief Ingeborg. „Laß sie man etwas anderes lernen. Du warst ja auch früher fort.“

„Ja, ich habe die Gewerbeschule in Kiel besucht; es hat ein schönes Geld gekostet.“

„Jetzt nahm Rolf das Wort. „Wenn sie vom Hause fort, dann laß sie lieber auf einen Hof kommen, wo sie was Ordentliches lernt, damit sie mal eine tüchtige Bauersfrau wird.“

88,9, Stettin 69,4, Königsberg 72,7 Prozent. In Hamburg betrug der amerikanische Anteil am Schiffraum 12,5 Prozent, der englische 31,8, der holländische 11,1 Prozent, in Bremen der amerikanische 23,3, der englische 16,4, der holländische 8,9 Prozent.

Die Schüler-Wanderungen, veranlasst von den Turnvereinen Lübecker Lehrer und Lehrerinnen, erfreuen sich, wie man anschreibt, stetig wachsender Teilnahme weiterster Kreise. Die erziellich so willkommene Heimat-Wanderungen werden allen Knaben und Mädchen zugänglich gemacht. Unter der Leitung von Führern, meist Lehrkräften heisser Schulen, die ihre Zeit und Kraft in den Dienst der guten Sache stellen, durchwandert die aus allen lübeckischen Schulen zusammengehörende Jugend in ein- und mehrtagigen Touren die deutschnahen Gau und lernt, dem Lärm der Straße und Großstadt entrückt, ihre Mutter Natur hören und leben. So wird ein Gegengewicht gegeben zu dem leider oft traurigeren Hafen und Treiben der Stadt, in das auch schon die Kinder gerissen werden. Eine nördliche Woche wird eine vier-tägige Fußwanderung nach Wismar unternommen, deren Kosten einschließlich Nachtlager und Rückfahrt sich auf etwa 40 Mk. je Kind belaufen. Der billige Preis ist nur dadurch zu erklären, daß im Interesse der leichten und lärmerlichen Gewindheit unserer Kinder alle Besitzungen dabei auf Gewinn verzichten. Anmeldungen von Kindern, die etwas an dieser legenden Wanderfahrt an das Ende der Woche noch teilnehmen sollen, müssen bis spätestens Montag, den 10. Juli, erfolgen in der II. Mädchenschule, Königstraße 97, oder bei Herrn Lehrer Bauer, Pegelstraße 4, wo auch nähere Einzelheiten über alle Wanderfragen zu erfahren sind.

Gewerbeannouncements sind im letzten Quartal 1921 erfolgt; darunter sind: Agenten und Kommissionäre 5, Barbier 6, Brantwöhndler 6, Kaufleute 11, Krammer 10, Manufakturwarenhändler 4, Maurer und Bauunternehmer 2, Obst- und Gemüsehändler 6, Schuhwirte 12, Schneiderinnen 10, Tabakwarenhändler 8, Trödler 18.

st. Trossenünde. Nach dem Jahresbericht des Vereins Seebad Trossenünde war der Besuch von Be-suchern nach unserer Kurort im Berichtsjahr 1921 so stark, wie seit langem nicht; er überschritt die Höhe des vorangegangenen Jahres um mehr als 200 — über 15 000 Kurgäste wurden für 1921 in Trossenünde gemeldet. — ungerichtet die vielen Tragsäcke aus Lübeck und Hamburg. Hamburg sendte mehr als 5000 Fälle, Rheinland-Westfalen 3500, Berlin 1800, der Rest kommt vorwiegend aus Lübeck und Cuxhaven. Der Sommerabsatz steht jetzt wieder einen zweiten Abgang nach, der 10.20 vorm. von Travemünde abgeht und vor der Fähre (12.25) in Hamburg eintrifft. Für die Hochstätten, die Monate Juli und August, sind vorbereitet: ein Nachmittagszug (8.20 nachm. ab Travemünde), der um 4.15 nachm. in Lübeck den Schnellzug nach Berlin erreicht, ein Abendzug (19.15 abends ab Travemünde), der einen Sonnenabend nach Hamburg (10.25 abends ab Lübeck, 11.30 abends an Hamburg), erreicht, ein weiterer, allerdings langwieriger Abgang nach Hamburg-Travemünde soll Hamburg 19.17 norm., ab Lübeck 1.25 nachm. an Travemünde 2.02 nachm. Offen aber bleibt vor allem der Durchgang nach einer kurzen Reisefahrt durch Travemünde-Hamburg zwischen dem Schnellzug 8.50 norm. ab Travemünde und dem Abgang 10.25 norm. ab Travemünde.

Ankommende Gebiete.

s. Gutin. Eine öffentliche Gewerbeausstellung fand am Sonntag im höchstbesetzten Saales des Herrn Kamm. Als Redner war Metzgermeister Weiß-Lübeck erschienen, der schon nach einigen Sätzen die Pläne gewonnen hatte. Und Großküche bestätigte im Saale, so daß sein Wort die Referenten verloren ging. Nur er und zu, wenn der Redner hörsere Gesellschaften der berufsrechtlichen Deutscher Pflichten läßt. Darauf der Unwill der Versammlungen durch. In ein Treffen führte nun das Fach auf die Republik aus, mit dem Redner keine Ausführungen beendete. Nach letzter Aussprache wurde eine mäßig beschlossen, am Dienstag nachmittag die Arbeit zu tun zu lassen. Ein Vortrag der Ottakratischen sollte eine republikanische Fahne kaufen, wurde angenommen. Dieser wurde Dienstag bei der Demonstration das erste Mal den Männer vorgetragen. Nach einigen anfänglichen Wörtern des Großen Weiß wurde die Republik großgelobt.

W. Krembs. Rundgehungert die Republik auch hier zusammen aus Nach und Fern. Männer und Frauen mit schwierigen Hören und gebrochenen, verbitterten Gesichtern. Der Kraft der Situation folgte es in allen Geschäftszügen wieder und der Erfolg zu Kunden stand jedem auf der Stirn geschrieben. Mit der mürrischen Haltung, die Größe Götze-Lübeck hat, hatte er bald die über 500 Teilnehmer begeistert fortgesetzt. Er legte auf Schlag voran die Sieben zum ihm auf die Werke und deren Helferstreiter nieder. Schriftliche Zusam-

mung fanden seine Ausführungen, als er die Auflösung der Reichswehr forderte, die nur umso Geld verschlinge. In deren Stelle soll die Organisierung der Volksmiliz treten. Einstimmig wurden die von den freien Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien, die heute nur die einzigen Schützen der Republik sind, aufgestellten Forderungen angenommen. Das Goldnis, das freie Republik mit Gut und Blut zu verteidigen, wurde durch ein dreimaliges Hoch auf diese bestätigt. Eigentlich hatte der Ortsausschuß keinen Demonstrationszug vorgesehen, aber durch die feurige Rede des Referenten war die Begeisterung so gestiegen, daß in einigen Minuten die Musikstücke und einige Fahnen zur Stelle waren und hoch war der imposante Zug formiert. Unter dem Klange des Sozialistischen setzte sich der Zug in Bewegung. Und wo waren die anderen, die auch vorgehen, Hitler der Verfassung und Schützen der Republik zu sein? Auch hier mußte konstatiert werden, daß die einzigen Schützen der Republik eben mit den schaffenden Stände, das Proletariat sind. Der imposante Zug löste sich beim Vereinslokal wieder auf. Aber ein kleiner Zwischenfall sei noch erwähnt. Als der Zug durch den Ort zog, stand das Auto der Reichspost am Wege und vorne über dem Verhüllten des Motors thronte eine kleine Fahne, wie sie so häufig Autos mitführen. Aber nicht etwa in den Farben der Republik, sondern in den Farben der Mörderbande. Sie wurde aber auch bald durch einen der Teilnehmer beseitigt. Die Ehrensväter des Almanac können mit dieser Veranstaltung zufrieden sein.

Wismar. Bootsausflug. Bei einer Bootsfahrt auf dem Elbe-Kanal fand durch den Wellenschlag eines Schleppers ein Fahrzeug mit sechs Insassen des hiesigen Lungen-Kur- und Erholungsheims. Sämtliche Personen stürzten ins Wasser, wobei der Kaufmann Schwante aus Warel ertrank.

Hamburg. Die Norddeutsche Spritfabrik in Flensburg. Mittwoch morgen gegen 7½ Uhr erscholl in Rotenburgsort der Ruf: "Großfeuer!" Am Billwerder Neuerdeich stand die Norddeutsche Spritfabrik in Flammen. Mit ungeheurem Geschleuge legten gleich darauf einige Tanks mit Sprit in die Luft. Die gespannten Anwohner der Straßen begannen ihre Wohnungen zu räumen. Sie löste mit 14 Jürgen anrückende Feuerwehr herab, jedoch die Bewohner. Das Feuer vernichtete einen großen Teil der Gebäude der Werke. Dieser Brandkatastrophe hat besonders schwerwiegend Menschenleben zum Opfer gefallen. Verdorbenen entliefen durch Umsturz einer Schuppenwand infolge einer Explosion leicht Feuerwehrleute und zwei andere Personen lehr schwere Verletzungen. Ungefähr 150000 Mark wurden verbraucht und gleich große Menschen müssen aberkannt werden, um die Ausdehnung des Feuers zu verhindern. Die Höhe des Schadens ist noch gänzlich abzuschätzen. Allein an Sprit und Werk von mindestens 50 Millionen Mark verloren gegangen. Die Kaufleute sowie unzähliges Material sind vollständig zertrümmer.

Hamburg. Die Kundgebungen am Dienstag fanden an 5 bis 6 Stellen und außerdem in Altona und Sandesdorf statt. Die Zahl der Teilnehmer an der Kundgebung übertroffen die letzten Tage noch weit überboten werden. Die Polizei war vorsichtig: die Ordner der Parteien und Gewerkschaften sorgten für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Zu irgend welchen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Schlesien. Die Schlesiner Ermittlungen der Berliner politischen Kommission sind noch nicht abgeschlossen. Wie die "Reichs-Ztg." hört, wurde der dem Deutschen Reichsamt Schule und Schul und angehörige Waldemar v. Haugwitz inhaft genommen. Er stand mit Erich Sebe in enger Führung. Zur Feststellung, wie weit seine Mitwisserschaft in Frage kommt, ist d. h. den Berliner Untersuchungsbehörden zugeführt worden.

Niederrhein. Die Organisation Niederrhein. Wie die "Westfälische Rundschau" berichtet, hat sich Niederrhein zu einem militärischen Verbündeten entwickelt. Die Niederrhein-Truppe, deren Mitglieder teils aus preußischen Offizieren, teils aus Landstreitkräften bestehen, steht immer frecher auf. Die Arbeitsgemeinschaft Niederrhein wurde einer von der Regierung im November 1921 aufgelöst, aber zwei Wochen später konstituierte sie sich neu unter dem Dach eines Vereins für landwirtschaftliche Berufsausbildung e. V. mit einem Zweigverein, der sich "Sparverein" nennt und in Wittenberg den Stand hat, den Mitgliedern rücksichtslos ihre Erzeugnisse abzunehmen, wenn sie nicht die vorzeitige Zahlung der Zusage ausstellen. Die Vereinigung wird ausschließlich von den Gutsbesitzern unterhalten. Diese haben ihr über Klagen, den sie angewendet erhalten, bedeutende Summen zu zahlen. Unter Vorsitzblatt steht genau die Namen der höheren Offiziere und die Organisationsform auf. Ein Hauptvertreter ist der Bezirk Wismar. Auf die Landarbeiter kann der Niederrhein einen erheblichen Druck aus. Streiken die Landarbeiter, können die Niederrheiner (mit Waffen natürlich) sofort den sozialen Unterdog zu Hilfe und verprügeln die Landarbeiter, sofern diese streiken. Im ganzen Ost sind allein anlässlich der Niederrhein auf den Güter tödlich. Jedes Gut hat einen Trupp von 1000, ja nach Größe des Gutes, und jeder Trupp hat

einen Hüter, der von der Gauleitung auf Herz und Nieren geprüft wird, ob er auch "wasserfest" ist. Es scheint ein Offizier, so wird, wie in der Kaiser-Aktung! gerufen, und die ganze Gesellschaft klappert die Haken zusammen, bis das Kommando "Weiter machen!" gegeben wird. Die meisten Leute haben zu erster Arbeit keinerlei Lust, denn sie sind an das Bagabundesleben gewöhnt. Sie warten nur darauf, daß es bald "wieder losgehen" wird und reden davon, daß sie bei einem bevorstehenden Reichsputsch jeden Juden, auf den sie treffen, kalt machen werden.

Bremen. Zwischenfälle bei der Demonstration hier demonstrierten am Dienstag etwa 50 000 Arbeiter für die Republik. Ein Umzug sollte nicht stattfinden. Wie das Bremer Volksblatt berichtet, versuchten trotzdem einige hundert Demonstranten in die Bahnmeile einzudringen. Die Polizei zog blank, und es gab Verletzungen auf Seiten der Demonstranten; auch einige Schüsse sollen leicht verletzt sein. Am Breitenweg ist sogar aus dem Zug heraus geschossen worden. Man muß auf Gedanken kommen, daß hierbei Proletarien ihre Hand im Spiele hatten.

Bremen. Staatsablennung. Die Bürgerschaft verlor in mehreren Sitzungen den Haushaltsetat, der von den sozialistischen Fraktionen abgelehnt wurde. Ferner wurden auf Antrag der Sozialdemokraten zwei Sippschäfte ihres Amtes entzogen. Sie hatten den Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk entfernt, weil sie persönlich an dem Inhalt des Aufrufs Anstoß nahmen. Es soll allerdings erst geprüft werden, wieviel gegen sie das Disziplinar- und Strafverfahren einzuleiten ist.

Aus aller Welt.

Dollarräuber. Am vergangenen Sonntag wurden im Zug Köln-Frankfurt einem Amerikaner von internationalen Ladendieben eine rote Ledertasche mit 211 Dollar, ein Kreditbrief von über 25 000 Dollar und ein weiterer Kreditbrief von über 10 000 Dollar entwendet. Die Täter sind unbekannt.

Ein Eisenbahnunglück in Elsas. Der Extrazug Straßburg — Paris ist 50 m vor dem Eingang zum Bahnhof Saarburg entgleist. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht genau ermittelt. Bisher sind 3 Tote und 23 Verletzte geborgen.

10 Millionen Russen verhungert. Nach offiziellen Statistiken hat die Hungersnot in Russland bis jetzt den Tod von 10 Millionen Menschen verursacht.

Sport.

Norddeutsche Meisterschaften im Schlag- und Faustballspiel werden am Sonntag, dem 9. Juli, vom Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hier in Lübeck auf dem Sportplatz Falkenwiese ausgetragen. Die besten Mannschaften von Hamburg, Kiel, Flensburg, Heide, Wismar und Lübeck werden hier um den Sieg ringen. Ganz besonders wird das Spiel Teutonia (Hamburg) gegen Flensburg interessieren. Hier wird die ganze Schönheit des Schlagballspiels zum Ausdruck kommen. Aber auch die Faustballspiele werden von großer Bedeutung sein, hier hat unser Lübecker Bezirk auch ein Wort mit zu reden. Der langjährige Kreismeister im Faustball Hammerbrook-Rotenburgsort wird hier auf hartie Gegner stoßen. Auch den Faustballspielern wird Rechnung getragen durch das Spiel F. S. B. I gegen Vittoria I. Das Programm ist wie folgt: Morgens 10 Uhr Vorunde im Faustball: Mönkeberg (Kiel) gegen Heide (Osthofen), Wismar (Mecklenburg) gegen Meister des 6. Bezirks. Sieger aus beiden Spielen lösen um das Spiel gegen Rothenburgsort. Dieses findet um 11.30 vorm. statt. 10.30—11.30 vorm. Vorunde im Schlagball: Flensburg oder Teutonia gegen Meister des 6. Bezirks. — Nachmittags 2.30—3.00 Schlafunde im Faustball: 3.00—4.00 Schlußrunde im Schlagball: 4.30—6.00 Faustballspiel F. S. B. I gegen Vittoria I. Zu bemerken ist noch, daß der Sieger im Schlagballspiel als starker Bundesmeister in Frage kommt, da das Schlagballspiel in unserer nordischen Heimat in höchster Blüte steht.

Am letzten Montag fanden auf Büniamshof vor 400 Zuschauern die Vorunden um die Bezirksmeisterschaften des 6. Bezirks statt. Das Schlagballspiel zeigte von guter Technik und bewundernswertem Ruhe beider Mannschaften. Das Spiel wurde von B. S. B. Vormärz gegen Kühlitz mit 89 : 55 gewonnen — Das Faustballspiel stand unter dem Zeichen höchster Technik. Das Publikum folgte dem Spiel mit lebhafter Interesse. Das Spiel endigte unentschieden 81 : 81. Erhält also Vormärz sowie Kühlitz je einen Punkt. — Das Rückspiel heute Donnerstag in Kühlitz. Achting, Leipzigfahrer! Morgen Abend 7½ Uhr bei Vender, 4095)

Vereinigter Trommler- und Pfeifferkorps d. 6. Bezirks! Gemeinsames Leben Freitag, den 7. Juli 1922 in Kühlitz. Abmarsch 7½ Uhr Herrenstraße, sämtliche Spieler werden gaben zu erscheinen.

Wohnungs-Möblierter über leeres Zimmer für einzelnen Herrn sofort gefüllt. Von Wilh. Engler Dr. h. c. Mr. 2.— Buchhandl. Dr. Meyer & Co. Johannisstr. 46.

Befreiungserklärung.

Auf Grund von § 1 der Verordnung zum Schluß der Republik vom 22. Juni 1922 und der Ausführungsverordnung des Senates vom 4. Juli 1922 werden nachfolgende Vereine und Vereinigungen verboten und aufgelöst:

1. Deutsches Haus- und Innungsamt,
2. Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten,
3. Leib-Bund,
4. Nationalverbund deutscher Offiziere,
5. Deutsche Nationalegarde der Soldaten.

Lübeck, den 5. Juli 1922. (4125)

Das Volkseamt.

(Gesetz des Umweltministeriums) Bei Amt der Bürgerschaften am 26. Juli 1922, 10.30 Uhr, Bremervörde 26

Mr. 3475, 3476 und 3477

erfolgen. (4125)

Lübeck, den 5. Juli 1922. (4125)

Das Finanzamt.

(Gesetz des Umweltministeriums) Bei Amt der Bürgerschaften am 26. Juli 1922, 10.30 Uhr, Bremervörde 26

erfolgen. (4125)

Lübeck, den 5. Juli 1922. (4125)

Arbeitsamt, Berlin.

Wiederholung.

Allen Mitgliedern der Kommunisten, den anderen langjährigen Vertreterorganisation des Sozialdemokratischen Gewerkschaften

Auguste Kühnert

am Dienstag, den 6. Juli.

Erneut Amtsenthebung!

Bestätigung am

Samstag, den 10. Juli

nach 2½ Uhr zum

Steuerbeamten. (4127)

Erneut Amtsenthebung!

Bestätigung am

Samstag, den 10. Juli

nach 2½ Uhr zum

Steuerbeamten. (4127)

Erneut Amtsenthebung!

Bestätigung am

Samstag, den 10. Juli

nach 2½ Uhr zum

Steuerbeamten. (4127)

Erneut Amtsenthebung!

Bestätigung am

Samstag, den 10. Juli

nach 2½ Uhr zum

Steuerbeamten. (4127)

Erneut Amtsenthebung!

Bestätigung am

Samstag, den 10. Juli

nach 2½ Uhr zum

Steuerbeamten. (4127)

Erneut Amtsenthebung!

Bestätigung am

Samstag, den 10. Juli

nach 2½ Uhr zum

Steuerbeamten. (4127)

Erneut Amtsenthebung!

Bestätigung am

Samstag, den 10. Juli

nach 2½ Uhr zum

Steuerbeamten. (4127)

Erneut Amtsenthebung!

Bestätigung am

Samstag, den 10. Juli

nach 2½ Uhr zum

Steuerbeamten. (4127)

Erneut Amt

